

Inhaltsverzeichnis

Literaturverzeichnis	XLIII
Abkürzungsverzeichnis	XLV

A. Grundlagen des Unterhaltsrechts	1
I. Grundlegende Begriffe des Unterhaltsrechts	1
II. Gesetzliche Vorschriften des Unterhaltsrechts sowie vertragliche Regelungen zum Unterhalt	2

B. Das Unterhaltsrecht nach dem 1. EheRG und dessen weitere Entwicklung	3
I. Überblick	3
1. Grundlagen des 1. EheRG	3
a) Grundsatz der Eigenverantwortlichkeit	3
b) Ehebezogene Unterhaltsbedürftigkeit, Rechtsnatur des Anspruchs	4
2. Überblick über die einzelnen Tatbestände	4
a) Keine Generalklausel	4
b) Selbständige Unterhaltstatbestände	5
c) Ausnahme-Regel-Prinzip; verfassungsrechtliche Grenzen	6
3. Rechtsprechung des BVerfG zum 1. EheRG	6
4. Rechtspolitische Diskussion bis zur Einführung des UÄndG 1986	7
II. Regelungen zum Unterhaltsänderungsgesetz 1986	8
1. Gesetzesgrundlagen	8
2. Anwendungsbereich	8
III. Weitere Rechtsentwicklung	9
1. Einführung in den neuen Bundesländern	9
2. Vermutung unterhaltsrechtlicher Bedarfserfüllung von Sozialleistungen	9
3. Kindschaftsrechtsreformgesetz, Kindesunterhaltsgesetz	9
IV. Umfassende Neustrukturierung durch das Unterhaltsrechtsänderungsgesetz 2007	11
1. Regelungsbereich der Reform	11
2. Begründung des Reformvorhabens im Regierungsentwurf	11
3. Ziele der Reform	12
4. Wesentliche Änderungen	13

a)	Überblick	13
b)	Geänderte Rangfolge	14
c)	Besserstellung kinderbetreuender, nicht miteinander verheirateter Eltern	16
d)	Gesetzliche Definition des Mindestunterhalts minderjähriger Kinder und vereinfachte Kindergeldverrechnung	18
e)	Stärkung der Eigenverantwortung nach der Ehe	18
f)	Vereinfachung des Unterhaltsrechts	19
5.	Weitere bedeutsame Änderungen	19
6.	Übergangsregelungen	19
V.	Gesetz zur Änderung des Unterhaltsrechts und des Unterhaltsverfahrensrechts vom 20.11.2015	20
1.	Regelungsbereich des Gesetzes	20
2.	Änderung des § 1612a BGB zur Bestimmung des Mindestunterhalts minderjähriger Kinder	21
a)	Anlass und Inhalt der Änderung	21
b)	Anpassung des Mindestunterhalts durch Verordnung gemäß § 1612a Abs. 4 BGB	22
c)	Probleme der Rückwirkung des Mindestunterhalts	23
d)	Beibehaltung der sonstigen Strukturen zur Bestimmung des Mindestunterhalts	24
3.	Änderungen des vereinfachten Verfahrens über den Unterhalt Minderjähriger	25
a)	Zielsetzung der vorgesehenen Änderungen	25
b)	Wegfall des vereinfachten Verfahrens bei einem Auslandsbezug	25
c)	Vereinfachte Vorschriften zur Geltendmachung von Einwendungen	26
d)	Übergang in das streitige Verfahren	27
e)	Weitere Änderungen	27
4.	Änderung des AUG	27
5.	Inkrafttreten, Übergangsregelungen	29
C.	Stärkung des Grundsatzes der Eigenverantwortung im nahehelichen Unterhalt als wesentliches Reformanliegen des UÄndG 2007	31
I.	Ausgangslage	31
II.	Grundsatz der Eigenverantwortung und Überspannung der nahehelichen Solidarität	31
III.	Umsetzung der Stärkung der Eigenverantwortung im UÄndG 2007 sowie Auswirkungen des § 1569 BGB auf die Regelungen zum nahehelichen Unterhalt	32
IV.	Grundlagen der Vorschrift des § 1569 BGB	33
1.	Regelungsbereich	33

2. Funktion im Rahmen der Vorschriften zum nachehelichen Unterhalt	34
V. Bewertung der Änderung des § 1569 BGB	35
D. Der Betreuungsunterhalt nach § 1570 BGB	37
1. Grundlagen des § 1570 BGB	37
1. Normzweck des § 1570 BGB	37
2. Neustrukturierung des Betreuungsunterhalts	38
a) Systematik des Betreuungsunterhalts bis zum 31.7.2007	38
b) Geänderte Struktur des Betreuungsunterhalts – Aufgabe des Altersphasenmodells	38
c) Zusammentreffen des Betreuungsunterhalts mit anderen Tatbeständen	41
3. Begriff des gemeinschaftlichen Kindes	41
a) Abgrenzungen	41
b) Gemeinsame Kinder nach Rechtskraft der Scheidung der Ehe	42
c) Zuordnung schein ehelicher Kinder, Adoptiv- sowie Pflegekinder	43
4. Betreuungsunterhalt bei künstlicher Befruchtung	44
5. Begriff der Pflege und Erziehung	45
6. Rechtsmäßige Betreuung als Voraussetzung eines Anspruchs	46
II. Eigenverantwortung und Betreuungsunterhalt nach § 1570 Abs. 1, 2 BGB	46
1. Begründung des RegE	46
2. Elterliches Erziehungskonzept und Art. 6 Abs. 1 GG	47
a) Beendigung mit Auflösung der Ehe	47
b) Auswirkungen öffentlich-rechtlicher Regelungen	48
III. Die Tatbestände des Betreuungsunterhalts nach § 1570 Abs. 1, 2 BGB	49
1. Mindestdauer des Betreuungsunterhalts von drei Jahren nach der Geburt des Kindes	49
a) Systematische Einordnung des § 1570 Abs. 1 S. 1 BGB	49
b) Erwerbstätigkeit vor Vollendung des dritten Lebensjahres	50
2. Der Begriff der Billigkeit nach § 1570 Abs. 1 S. 2 BGB	51
3. Belange des Kindes und Erwerbsobliegenheit	52
a) Belange des Kindes im Sinne von kindbezogenen Gründen	52
b) Inhaltliche Bedeutung der Belange des Kindes, Abgrenzungen	53

c) Vorrang der Belange des Kindes	55
4. Der Begriff der bestehenden Möglichkeiten der Betreuung	55
a) Zweck der Regelung des Abs. 1 S. 3 und Zumutbarkeit der Erwerbstätigkeit	55
b) Inanspruchnahme öffentlicher und privater Einrichtungen	57
c) Rechtzeitig einsetzende Bemühungen zur Fremdbetreuung	58
5. Einschränkung der Erwerbsobliegenheit bei günstigen Einkommensverhältnissen des Unterhaltspflichtigen	59
6. Rechtsprechung des BGH zu § 1570 Abs. 1 S. 2, 3 BGB und deren praktische Umsetzung	60
a) Prüfungsfolge	60
b) Wichtige Änderung der Rechtsprechung des BGH zum Begriff der kindbezogenen Gründe	63
c) Kritik an der Rechtsprechung des BGH	64
d) Weitere obergerichtliche Rechtsprechung	66
7. Auswirkungen auf die Darlegungs- und Beweislast des betreuenden Elternteils	67
8. Verschärfung der Erwerbsobliegenheit	68
a) Erwerbsobliegenheit im Mangelfall	68
b) Erwerbsobliegenheit bei eingreifender Härtefallklausel gemäß § 1579 BGB	69
9. Betreuungsunterhalt nach § 1570 Abs. 1 S. 2, 3 BGB bei vergeblichen Erwerbsbemühungen, Konkurrenz zum Aufstockungsunterhalt, Auswirkung auf Rangfolge	69
a) Betreuungsunterhalt und Unterhalt bis zur Erlangung einer Erwerbstätigkeit	69
b) Konkurrenz zum Aufstockungsunterhalt nach § 1573 Abs. 2 BGB, Rangfolgezuordnung	70
10. Der Betreuungsunterhalt aus nahehehlicher Solidarität	71
a) Systematische Einordnung des § 1570 Abs. 2 BGB	71
b) Anwendungsbereich als Annextatbestand	72
c) Dauer des Anspruchs	74
d) Elemente der Billigkeitsabwägung nach § 1570 Abs. 2 BGB	74
e) Verhältnis des § 1570 Abs. 2 BGB zu § 1578b BGB und Zuordnung in § 1609 BGB	75
11. Unterhalt bei Betreuung mehrerer Kinder im Alter über drei Jahren	76
IV. Beginn und Beendigung des Betreuungsunterhalts	77
1. Beginn des Betreuungsunterhalts	77
a) Beginn in Trennungsphase	77
b) Bedürftigkeit vor der Geburt des Kindes	77

	2. Beendigung des Betreuungsunterhalts	78
V.	Fragen zur Darlegungs- und Beweislast	78
	1. Grundlagen	78
	2. Beweislast im Abänderungsverfahren	80
VI.	Betreuungsunterhalt und überobligationsmäßige Tätigkeit . . .	80
	1. Grundlagen zur Anerkennung eines Betreuungsbonus . . .	80
	2. Erwerbstätigkeit vor dem 3. Lebensjahr; Übergang in gebotene Erwerbstätigkeit	82
	3. Berechnung des Unterhalts bei Betreuungsbonus	83
VII.	Zuordnung des Betreuungsaufwands, Folgen für Unterhaltsberechnung	83
	1. Zuordnung der Kosten der Betreuung und Erziehung des Kindes	83
	2. Anteilsbestimmung bei Betreuungskosten	85
	3. Praktische Folgen, alternative Berechnungsmöglichkeiten .	86
	4. Freiwillige Leistung Dritter bei Betreuung	87
	5. Wahl einer kostengünstigen Betreuung durch nahe Verwandte	88
	a) Rücksichtnahme auf die Belange des Unterhaltspflichtigen	88
	b) Gleichwertigkeit von Bar- und Naturalunterhalt trotz Erwerbstätigkeit	88
	6. Übertragung von Betreuungsleistungen auf einen Dritten .	89
VIII.	Befristung und Begrenzung des Betreuungsunterhalts nach § 1570 BGB?	90
	1. Problemlage	90
	2. Frühere Rechtsprechung des BGH	90
	3. Zeitliche Befristung des Unterhalts	91
	a) Unterhaltsfestsetzung vor Vollendung des dritten Lebensjahres des Kindes	91
	b) Betreuungsunterhalt nach § 1570 Abs. 1 S. 2, 3 BGB aus kindbezogenen Gründen	91
	c) Betreuungsunterhalt aus elternbezogenen Gründen gemäß § 1570 Abs. 2 BGB	92
	d) Praktische Folgen im Unterhaltsverfahren für die Darlegungs- und Beweislast	93
	4. Keine weitere Befristung gemäß § 1578b BGB	94
	5. Begrenzung der Höhe nach gemäß § 1578b Abs. 1 BGB . .	95
IX.	Betreuungsunterhalt bei gemeinsamer elterlichen Sorge	96
X.	Betreuungsunterhalt bei Übernahme der Haushaltsführung in der neuen Ehe	97
XI.	Privilegierte Stellung des Betreuungsunterhalts	98
XII.	Beibehaltung des Prinzips der Einsatzeitpunkte in Bezug auf Anschlussunterhalt zu § 1570 BGB	99

XIII.	Entstehen des Betreuungsunterhalts unabhängig von einem Einsatzzeitpunkt	100
XIV.	Gesteigerte Erwerbsobliegenheit und Inhaltskontrolle von Eheverträgen – Heilung eines nichtigen Ehevertrags	101
XV.	Betreuung durch beide Elternteile – Wechselmodell	102
XVI.	Anteilige Haftung der Unterhaltspflichtigen bei Betreuung eines ehelichen sowie eines außerehelichen Kindes	103
	1. Problemlage	103
	2. Anteilige Haftung von Ehemann und nicht mit der Mutter verheiratetem Vater	104
	3. Änderung der Unterhaltslast bei Konkurrenz von Unterhaltsansprüchen nach §§ 1569 ff. BGB und § 1615l BGB	105
	4. Höhe des Unterhaltsanspruchs, Berechnungsbeispiel	106
XVII.	Aufhebung der Ehe und Betreuungsunterhalt	107
	1. Voraussetzungen des Unterhaltsanspruchs eines vormaligen Ehegatten	107
	2. Sonderfall Unterhalt wegen Pflege und Betreuung eines gemeinsamen Kindes	108
	3. Sonderfall Doppelhe	109
	4. Geltendmachung der Folgen der Aufhebung der Ehe nach rechtskräftiger Scheidung	109
	5. Erlöschen des nachehelichen Unterhalts	110
	6. Verfahrensrecht	110
XVIII.	Ausdehnung des § 1570 Abs. 1 BGB auf den Trennungsunterhalt nach § 1361 Abs. 1 BGB	110

E. Die weiteren nachehelichen Unterhaltstatbestände gemäß

§§ 1571 – 1576 BGB	113
I. Unterhalt wegen Alters nach § 1571 BGB	113
1. Regelungsgrund	113
2. Keine ehebedingte Unterhaltsbedürftigkeit, Begriff des Alters	114
3. Vorzeitiger Rentenbezug	115
4. Besondere Berufsgruppen	115
5. Erwerbstätigkeit über die feste Altersgrenze hinaus	116
6. Weitere Fragen zum Altersunterhalt	117
7. Änderung durch UÄndG 2007 – Billigkeitsklausel nach § 1578b BGB	117
II. Unterhalt wegen Krankheit oder anderer Gebrechen oder Schwäche der körperlichen oder geistigen Kräfte nach § 1572 BGB	119
1. Anspruchsinhalt und -umfang	119
2. Begriff der Krankheit, Obliegenheit zur Wiederherstellung der Gesundheit	120

3. Einsatzzeitpunkte	121
4. Kein Anspruchsverlust bei mangelnder Leistungsfähigkeit bzw. temporär entfallener Bedürftigkeit	122
5. Rentenanspruch	122
6. Darlegungs- und Beweislast	123
7. Verhältnis zum Aufstockungsunterhalt	123
8. Begrenzung bzw. Befristung des Unterhalts	124
III. Unterhalt bis zur Erlangung einer angemessenen Erwerbstätigkeit nach § 1573 Abs. 1 BGB	125
1. Regelungszweck	125
2. Subjektiver Maßstab der Anforderungen	126
3. Objektive Beschäftigungschance	127
4. Begriff der angemessenen Tätigkeit	128
5. Maßstab beim nachehelichen Unterhalt	129
6. Art der angemessenen Tätigkeit	130
7. Folgen der Verletzung einer Obliegenheit nach §§ 1573 Abs. 1, 1574 Abs. 1, 3 BGB	130
8. Darlegungs- und Beweislast bei § 1573 Abs. 1 BGB	131
9. Beweislastrisiko bei Fehleinschätzung eines Anspruchs nach § 1572 BGB	132
10. Nachhaltige Sicherung und Unterhalt bei späterem Verlust einer angemessenen Erwerbstätigkeit – Regelungszweck des § 1573 Abs. 4 BGB	132
IV. Regelung nach § 1573 Abs. 2 BGB	133
1. Grundlagen	133
2. Voraussetzungen des Anspruchs	133
3. Geringe Einkommensdifferenz	135
4. Auswirkungen der Unterhaltsreform	135
5. Konkurrenz zu anderen Unterhaltstatbeständen	135
V. Unterhaltsanspruch nach § 1575 BGB	136
1. Regelungszweck	136
2. Keine Bindung der Ausbildung an eheliche Lebensverhältnisse	137
3. Voraussetzungen des Ausbildungsanspruchs	137
4. Rechtsprechungsübersicht	138
VI. Sonstige schwerwiegende Gründe, falls die Versagung des Unterhalts grob unbillig wäre, § 1576 BGB	139
1. Grundlagen	139
2. Einzelfälle schwerwiegender Gründe	139
VII. Einsatzzeitpunkt als Voraussetzung eines Anspruchs auf nachehelichen Unterhalt – Prinzip der Anspruchskette	140
1. Systematik	140
2. Prinzip der Anspruchskette	141
a) Anschlussunterhalt	141

b) Anspruchskonkurrenzen	141
c) Unterbrechung der Anspruchskette	142

F. Eigenverantwortung und angemessene Erwerbstätigkeit

nach § 1574 Abs. 1, 2 BGB	143
I. Regelungszweck, Anwendungsbereich	143
II. Grundlagen des § 1574 Abs. 1, 2 BGB	143
1. Kriterien für die Beurteilung der Angemessenheit einer Erwerbstätigkeit	143
2. Inhalt des § 1574 Abs. 1 BGB	144
3. Abwägungskriterien des § 1574 Abs. 2 BGB	144
4. Der Begriff der „angemessenen Erwerbstätigkeit“ als Sperre zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit?	145
a) Verhältnis § 1569 BGB zu § 1574 Abs. 1, 2 BGB	145
b) Begriff der angemessenen Erwerbstätigkeit	146
5. Die einzelnen Tatbestandselemente	146
a) Ausbildung	146
b) Fähigkeiten	148
c) Lebensalter	149
d) Gesundheitszustand	149
e) Frühere Erwerbstätigkeit	150
f) Günstige wirtschaftliche Verhältnisse als weiteres Kriterium	150
6. Einengung der Erwerbstätigkeit durch die ehelichen Lebensverhältnisse	151
a) Systematische Einordnung der ehelichen Lebensverhältnisse	151
b) Begriff der ehelichen Lebensverhältnisse	152
c) Konkrete Billigkeitsprüfung	153
d) Darlegungs- und Beweislast	154
7. Sonstige Umstände im Rahmen der Prüfung der Angemessenheit	154
8. Verschärfung der Erwerbsobliegenheit bei beschränkter Leistungsfähigkeit	154
9. Obliegenheit zur Aufnahme einer Ausbildung	155
a) Regelungszweck des § 1574 Abs. 3 BGB	155
b) Verbesserung von Chancen auf dem Arbeitsmarkt	156
c) Umfang des Ausbildungsanspruchs bei wahrgenommener Obliegenheit	156
10. Subjektive und objektive Voraussetzungen der Erwerbsobliegenheit nach § 1574 Abs. 1, 2 BGB	157

G. Bedarf sowie Bedürftigkeit des Unterhaltsberechtigten 159

I. Gesetzliche Grundlagen der Bemessung des Unterhalts	159
--	-----

1. Grundsatz	159
2. Bedürftigkeit des Berechtigten	159
II. Das Maß des Unterhalts bei getrennt lebenden und geschiedenen Ehegatten	159
1. Grundsatz der Bedarfsermittlung	159
a) Begriff des angemessenen Unterhalts	159
b) Halbteilungsgrundsatz	160
c) Anreiz zur Erwerbstätigkeit bei Unterhaltspflichtigem und Unterhaltsberechtigtem	161
d) Ausnahmen von der Anerkennung eines Erwerbstätigenbonus	162
e) Berufsbedingte Aufwendungen	163
f) Objektiver Maßstab	164
2. Halbteilungsgrundsatz und Quotenunterhalt	165
a) Quotenunterhalt und Erwerbseinkommen	165
b) Leitlinien der Oberlandesgerichte	166
c) Berechnungsbeispiele bei Differenzmethode sowie Anrechnungsmethode	166
d) Unterschied zwischen Quotenunterhalt und vollem Unterhalt	167
e) Bedarfsbestimmung bei sehr guten Einkommensverhältnissen – Sättigungsgrenze und konkrete Bedarfsbestimmung	168
3. Weitere Bemessungsfaktoren zur Bestimmung des Bedarfs	171
a) Vorwegabzug des Kindesunterhalts	171
b) Bindung des Abzugs bei bestehendem Unterhaltstitel eines anderen gleichrangigen Unterhaltsberechtigten	171
c) Abzug des Kindesunterhalts beim Unterhaltsberechtigten, Entstehen eines Aufstockungsunterhalts	172
d) Vorwegabzug auch des Unterhalts volljähriger Kinder	172
e) Abzug des Kindergelds bei Bedarfsermittlung	173
f) Versorgungsausgleich und Bedarf	174
g) Bedarf und wechselnde Steuerklassen	175
h) Vermögensbildung und Bedarf	175
i) Fiktive Einkünfte und Bedarf	176
j) Haushaltsführung und Bedarf	176
k) Verbindlichkeiten und Bedarf	177
l) Überobligationsmäßige Tätigkeit und Bedarf	177
m) Weitere bedarfsbestimmende Erträge sowie Nutzungsvorteile	177
4. Bedarfsermittlung beim Getrenntlebensunterhalt nach § 1361 Abs. 1 S. 1 BGB	178
a) Erhebliche, vom Normalverlauf abweichende Entwicklung	178

b)	Zäsur erst mit rechtskräftiger Auflösung der Ehe	179
c)	Trennungsbedingte Veränderungen	179
5.	Begriff der eheliche Lebensverhältnisse im Sinne des § 1578 Abs. 1 S. 1 BGB	179
a)	Grundlagen der Rechtsprechung	179
b)	Zukünftige Entwicklung – Begriff der stets wandelbaren Verhältnisse	180
aa)	Rentenbezug	180
bb)	Nachehelich eingetretene Minderung, Beendigung der Erwerbstätigkeit	181
c)	Änderung der Einkünfte nach Scheidung der Ehe	182
aa)	Abgrenzungen	182
bb)	Begriff einer angebahnten Entwicklung; Abgrenzung nach BGH	183
d)	Ausnahmen bei sog. Karrieresprung	184
6.	Bestimmung der ehelichen Lebensverhältnisse bei Einkünften beider Ehegatten	185
a)	Begriff der nachhaltigen und dauerhaften Einkünfte	185
b)	Bestimmung des Bedarfs nach der Differenz- bzw. Additionsmethode	185
c)	Verletzung einer Erwerbsobliegenheit und Bedarfsbestimmung	185
d)	Betreuungsleistungen für Lebenspartner bedarfsprägend	186
e)	Überobligationsmäßige Tätigkeit und Bedarf	186
7.	Beweislast bei der Bedarfsbestimmung	188
III.	Die Bestimmung des Bedarfs nach der Entscheidung des BVerfG zur Unzulässigkeit der Dreiteilungsmethode	189
1.	Vorbemerkung	189
2.	Interpretation des Bedarfs durch das BVerfG	189
3.	Rechtskraft der Scheidung als Zäsur zur Bestimmung der ehelichen Lebensverhältnisse	190
a)	Einschränkung des Begriffs der wandelbaren ehelichen Lebensverhältnisse	190
b)	Zuordnung staatlicher Transferleistungen sowie familienbezogener Bestandteile	192
4.	Außereheliches Kind und Bedarfsbestimmung	192
a)	Zuordnung eines außerehelichen Kindes bei der Bedarfsbestimmung	192
b)	Eheliche Lebensverhältnisse bei Geburt des außerehelichen Kindes in der Trennungszeit sowie bei Anspruch der Mutter nach § 1615I BGB	194
c)	Abzug des Kindesunterhalts bei Unterhaltsbestimmung für den geschiedenen Ehegatten und Splittingvorteil aus neuer Ehe	195

5.	Bestimmung des Bedarfs bei zwei unterhaltsberechtigten Ehegatten	196
a)	Folgerungen für den Bereich der Leistungsfähigkeit . . .	197
b)	Auswirkungen der Begrenzungsbestimmungen des UÄndG auf die Unterhaltsbemessung	197
IV.	Berücksichtigung von Nutzungsvorteilen aus einem Eigenheim und Bedarfsbestimmung	198
1.	Grundsatz	198
2.	Bestimmung des bedarfsprägenden Nutzungsvorteils bei Belastungen	199
3.	Bewertungsmaßstab zur Bestimmung des Nutzungsvorteils	200
4.	Nicht aktivierter Nutzungswert	202
5.	Bestimmung des Bedarfs bei Teilveräußerung des Eigenheims	205
a)	Zinsertrag oder neues Eigenheim als Surrogat des prägenden Nutzungsvorteils	205
b)	Einfluss der Nutzungsverhältnisse des das Eigenheim übernehmenden Ehegatten auf den Bedarf	206
6.	Vollständige Veräußerung des im gemeinsamen Eigentum stehenden Eigenheims	207
7.	Nutzungsentschädigung und Bedarfsbestimmung	207
8.	Eigenheim bzw. Renditeobjekt als Altersvorsorge	208
9.	Zuwendungen von Zins- und Tilgungsleistungen durch Dritte	208
10.	Überlassung einer Wohnung an Lebenspartner sowie ein volljähriges Kind	208
11.	Gewinnträchtige Anlage des Vermögens	209
12.	Gleichwertige Nutzungsvorteile	210
13.	Berücksichtigung von Nebenkosten	210
14.	Bedarfsprägende Erträge aus Zugewinn	210
V.	Vorsorgeunterhalt für eine angemessene Krankenversicherung und Pflegeversicherung sowie eine Altersvorsorge	212
1.	Grundlagen, Befristung und Begrenzung des Anspruchs . . .	212
2.	Unterhalt für eine angemessene Kranken- und Pflegeversicherung	213
a)	Grundlagen, Berechnung	213
b)	Ausnahmen vom Familienversicherungsschutz	214
c)	Anspruch auf Zusatzversicherung	214
d)	Beitragspflicht bei Abfindung des nachehelichen Unterhalts	214
3.	Vorsorgeunterhalt für den Fall des Alters und der verminderten Erwerbsfähigkeit	215
a)	Grundlagen	215

	b) Rangverhältnis zum Elementarunterhalt und Kranken- und Pflegeversicherungsbedarf	216
	c) Rechenschritte	216
	4. Berechnung des Vorsorgeunterhalts bei Kapital- und Mieteinkünften sowie einem Wohnvorteil	217
	5. Zeitliche Begrenzung	217
	6. Begrenzung auf Bemessungsgrenze zur gesetzlichen Rentenversicherung?	217
	7. Verzug und Vorsorgeunterhalt	218
	8. Wegfall der zweistufigen Berechnung des Elementarunterhalts	218
	9. Keine Nachforderung des vergessenen Vorsorgeunterhalts	218
VI.	Ermittlung der Bedürftigkeit des Unterhaltsberechtigten	220
	1. Grundlagen zur Bedürftigkeitsbestimmung nach § 1577 Abs. 1 BGB	220
	2. Versorgungsleistungen für Lebenspartner oder sonstige Dritte	221
	3. Freiwillige Leistungen Dritter	222
	4. Vermögensverbrauch für unterhaltsfremde Zwecke	222
	5. Einsatz des Vermögens zu Unterhaltszwecken durch den Unterhaltsberechtigten	223
	6. Darlegungs- und Beweislast	224
VII.	Nichtanrechnung von Einkünften aus unzumutbarer Tätigkeit gemäß § 1577 Abs. 2 BGB	225
	1. Begriff der unzumutbaren Einkünfte	225
	2. Gesetzliche Regelung zur Anrechnung unzumutbarer Einkünfte	226
	3. Zweck der Änderung des § 1577 Abs. 2 S. 1 BGB durch das UÄndG 2007	226
	4. Praktische Bedeutung	227
	5. Anwendungsgrundsätze des § 1577 Abs. 2 BGB	228

H. Herabsetzung und zeitliche Begrenzung des Unterhalts wegen

	Unbilligkeit nach § 1578b BGB	231
I.	Anwendungsbereich	231
II.	Systematischer Ansatz der gesetzlichen Regelung	232
III.	Tatbestandsaufbau des § 1578b BGB	233
	1. Verbindung von Begrenzung und Befristung des Unterhalts	233
	2. Herabsetzung des Anspruchs nach § 1578b Abs. 1 BGB	234
	a) Struktur des Tatbestands	234
	b) Angemessener Lebensbedarf als Ersatzmaßstab	235
	aa) Grundlagen	235
	bb) Rechtsprechung des BGH	236

c) Wahrung der Belange eines anvertrauten gemeinschaftlichen Kindes	240
3. Elemente der Billigkeitsprüfung gemäß § 1578b Abs. 1 S. 2 BGB nach der Neufassung zum 1.3.2013	242
4. Inhalt der tatbestandlichen Neufassung	243
5. Ehebezogene Nachteile als Billigkeitsmaßstab	244
6. Dauer der Ehe als nachteilsunabhängiger Billigkeitsgrund im Gefüge der Vorschrift des § 1578b Abs. 1 BGB	245
a) Fehlende Anhaltspunkte für eine geänderte Auslegung	245
b) Keine geänderte Auslegung nach objektiven Kriterien	246
c) Begriff der Dauer der Ehe gemäß § 1578b Abs. 1 S. 2 BGB	246
7. Verhältnis der beiden ausdrücklich genannten Billigkeitskriterien des Satzes 2 zueinander	247
8. Nacheheliche Solidarität als Billigkeitsgrund	248
9. Sonstige Billigkeitsgründe	249
10. Keine Berücksichtigung eines Trennungverschuldens	250
11. Berücksichtigung von Vermögen des Unterhaltsbedürftigen	251
IV. Probleme der Anwendung der Begrenzungs- bzw. Befristungsnorm des § 1578b BGB	251
1. Begriff der fortwirkenden ehebedingten Nachteile nach der Rechtsprechung des BGH	251
2. Bestimmung des Unterhalts unter Berücksichtigung eines Nachteilausgleichs	257
a) Grundsatz	257
b) Nachteilausgleich im Fall einer konkreten Bedarfsbestimmung	257
3. Dauer der Übergangszeit bei Befristung sowie Begrenzung des Unterhalts	259
4. Befristung des Anspruchs nach § 1578b Abs. 2 BGB	261
5. Vorschläge zur Begrenzung des Unterhalts bei Verbindung beider Regelungen	261
V. Keine Befristung oder Begrenzung des Unterhalts bei fortwirkender Solidarität	262
VI. Auswirkungen des § 1578b BGB auf die einzelnen Unterhaltstatbestände	264
1. Betreuungsunterhalt nach § 1570 BGB	264
2. Unterhalt wegen Alters nach § 1571 BGB	266
3. Unterhalt wegen Erkrankung oder Gebrechen nach § 1572 BGB	267
4. Unterhalt wegen Erwerbslosigkeit nach § 1573 Abs. 1 BGB	268
5. Aufstockungsunterhalt	269

6. Abgrenzung des Aufstockungsunterhalts vom Betreuungsunterhalt	270
7. Ausbildungsunterhalt nach § 1575 BGB, positive Billigkeitsklausel nach § 1576 BGB	272
VII. Begrenzung nach § 1578b BGB und Unterhalt wegen einer angemessenen Kranken- und Pflegeversicherung sowie Altersvorsorge	272
VIII. Darlegungs- und Beweislast zu § 1578b BGB – Berücksichtigung der sekundären Behauptungslast	273
1. Begrenzung des Anspruchs – Darlegungs- und Beweislast des Unterhaltspflichtigen	273
2. Darlegungslast des Unterhaltsberechtigten – sekundäre Behauptungslast	275
3. Verfahrensmäßiges Vorgehen des Unterhaltsbedürftigen	276
IX. Verhältnis von § 1578b BGB zu § 1579 BGB	276
1. Ausgangslage	276
2. Verhältnis des § 1578b BGB zu § 1579 Nr. 1 BGB	277
X. Verfahrensfragen	278
1. Keine abschließende Entscheidung zur Begrenzung bzw. Befristung bei unsicherer Prognose	278
2. Keine Ermessensentscheidung zu § 1578b BGB; verfahrensrechtliche Präklusion	279
3. Berücksichtigung nachträglich eintretender Gründe durch Abänderungsantrag	283
4. Antragstellung	283
5. Rechtsmittelverfahren	284
6. Kostenfragen	284
I. Unterhaltsrechtliche Härteklausel des § 1579 BGB	287
I. Rechtsnatur der Härtefallklausel; Anwendungsbereich	287
II. Normzweck, Tatbestandsstruktur	288
1. Normzweck	288
2. Neufassung der Überschrift	288
3. Zweigliedriger Tatbestand, flexible Rechtsfolgen	289
III. Auslegungsfragen des Einleitungssatzes des § 1579 BGB	289
1. Der Begriff der groben Unbilligkeit	289
2. Unterhaltszahlung trotz grober Unbilligkeit	290
3. Wirtschaftliche Verhältnisse	291
4. Dauer der Ehe	291
5. Verdienste für die Familie oder den anderen Ehegatten	292
6. Sonstige Billigkeitsgründe	292
7. Wahrung der Belange eines anvertrauten Kindes	293
8. Abgestufte Beschränkung des Unterhalts – flexibel gestaltete Rechtsfolge	294

9. Partnerschaft und Mindestbedarf	295
10. Zeitliche Begrenzung des Anspruchs	296
11. Anrechnen eigener Einkünfte bzw. eigenen Vermögens bei eingeschränktem Unterhaltsanspruch	297
12. Kürzung über den notwendigen Eigenbedarf hinaus	298
13. Berücksichtigung des Unterhaltsanspruchs gegen den nichtehelichen Vater nach § 1615I Abs. 1, 2 BGB	299
14. Privilegierung bei einem anvertrauten Kind	299
15. Vorsorgeunterhalt, Krankenversicherung	300
IV. Der Härtegrund der Ehe von kurzer Dauer (Nr. 1)	300
1. Anwendungsbereich	300
2. Zeitlicher Rahmen; Rechtsprechung des BGH	301
3. Bestimmung der Dauer der Ehe	302
4. Ausnahmen auf Grund besonderer Umstände	302
5. Keine Anwendung beim Trennungsunterhalt	303
6. Einzelfälle aus der Rechtsprechung	303
7. Konkurrenz zu § 1579 Nr. 8 BGB, weitere Konkurrenzen	304
8. Weitere Anwendungsfragen zu Nr. 1	305
a) Berücksichtigung von Pflege und Erziehung bei der Bestimmung der Ehezeit	305
b) Billigkeitsabwägung und Höhe des Unterhalts	305
c) Wahrung der Belange eines Kindes und Härteklauseel nach Nr. 1	306
d) Härtegrund und gesteigerte Erwerbsobliegenheit – Begrenzung des Unterhalts auf das dritte Lebensjahr des Kindes?	307
9. Kürzung des Unterhalts über den notwendigen Eigenbedarf hinaus bei eigenen Einkünften und Vermögen	308
V. Der Härtegrund der verfestigten Lebensgemeinschaft (Nr. 2)	309
1. Der Begriff der verfestigten Lebensgemeinschaft	309
a) Grundlagen	309
b) Begriff des Zusammenlebens im Sinne einer eheersetzenden Gemeinschaft – Änderung der BGH-Rechtsprechung	310
c) Verfestigte Lebensgemeinschaft ohne gemeinsame Wohnung	311
d) Verfestigte Lebensgemeinschaft während der Trennungszeit	312
e) Spätere Geltendmachung des Härtegrundes	312
f) Unterhaltsgemeinschaft als Grund einer objektiven Unzumutbarkeit	313
g) Keine Konkubinatsklausel	314
2. Reichweite des Begriffs der verfestigten Lebensgemeinschaft	315

3. Unterhaltsrechtliche Leistungsfähigkeit des Lebenspartners	316
4. Wiederaufleben des Unterhalts nach § 1570 BGB bei Auflösung bzw. Lockerung der verfestigten Lebensgemeinschaft	317
VI. Verbrechen und schweres Vergehen gegen den Unterhaltspflichtigen als Härtefall (Nr. 3)	318
1. Grundlagen	318
2. Bedeutung der Schwere des Härtefalls	319
3. Berücksichtigung einer Verfehlung des Unterhaltspflichtigen	320
4. Abgestufte Rechtsfolge nach den Auswirkungen des Delikts	320
5. Einzelfälle aus der Rechtsprechung	320
VII. Mutwillige Herbeiführung der Bedürftigkeit (Nr. 4)	322
1. Begriff der Mutwilligkeit	322
2. Unterhaltsbezogene Leichtfertigkeit; Abgrenzung zur Obliegenheit gemäß § 1577 Abs. 1 BGB	323
3. Die einzelnen Fallgruppen	324
4. Aufgabe einer gebotenen Tätigkeit – selbstverschuldeter Arbeitsplatzverlust	324
5. Alkohol- und Drogenabhängigkeit; psychisches Leiden	325
6. Unterhaltslast durch Geburt eines Kindes ohne Zustimmung des Ehemannes	326
7. Fehlgeschlagener Suizidversuch	326
8. Unwirtschaftliche Vermögensanlage; Verwendung für spätere Altersvorsorge	326
9. Verwendung von Kapitalbeträgen für unterhaltsfremde Zwecke; Abgrenzung zu zwangsläufigen Aufwendungen	327
10. Zweckfremde Verwendung des Vorsorgeunterhalts, Berechnung der fiktiven Altersversorgung	328
11. Unterlassene Geltendmachung bestehender Ansprüche	329
12. Sonstige Fragen zu § 1579 Nr. 4 BGB, Beweislast	329
VIII. Verletzung von Vermögensinteressen (Nr. 5)	329
1. Regelungszweck	329
2. Tatbestandsvoraussetzungen	330
3. Fallgruppen	331
a) Anschwärzen beim Arbeitgeber, Strafanzeigen	331
b) Verschweigen von Einkünften, Pflicht zur ungefragten Information	332
c) Aufgabe eines Ehegattenarbeitsverhältnisses	333
d) Belastung mit Kindesunterhalt	334
e) Verletzung sonstiger Vermögensinteressen, Verschwendung des Familienunterhalts	334

IX.	Gröbliche Verletzung der Pflicht, zum Familienunterhalt beizutragen (Nr. 6)	335
	1. Anwendungsbereich	335
	2. Begriff des Familienunterhalts sowie der gröblichen Unterhaltungspflichtverletzung	335
	3. Schuldhaftes Verhalten	337
X.	Offensichtlich schwerwiegendes, eindeutig beim Berechtigten liegendes Fehlverhalten (Nr. 7)	337
	1. Anwendungsbereich	337
	2. Ungeschriebene Tatbestandsmerkmale	338
	3. Begriff eines offensichtlich schwerwiegenden Fehlverhaltens	339
	4. Verletzung der ehelichen Treue	339
	5. Verstoß gegen eheliche Pflichten	340
	a) Leugnen der nichtehelichen Vaterschaft eines Kindes	340
	b) Scheineheliches Kind	341
	c) Vereitelung des Umgangs mit einem gemeinsamen Kind	341
	d) Verlassen des anderen Ehegatten	342
	e) Weigerung der Aufnahme eines gemeinsamen Wohnsitzes	343
	f) Verheimlichung von Einkünften	343
	g) Nichtteingehen einer Ehe	343
	h) Sonstige verletzende Verhaltensweisen	344
	6. Eindeutiges Fehlverhalten	344
	7. Fehlende Ursächlichkeit	345
	8. Fehlverhalten vor Scheitern der Ehe bzw. Trennung	346
	9. Fehlverhalten nach Scheitern der Ehe sowie nach Rechtskraft der Scheidung	346
	10. Fehlverhalten gegen Angehörige	347
XI.	Andere Gründe von gleichem Gewicht (Nr. 8)	347
	1. Anwendungsbereich – Funktion als Auffangtatbestand	347
	2. Fallgruppen	348
	a) Unterlassene Eheschließung	348
	b) Anstößige oder kränkende Begleitumstände	349
	c) Nicht zurechenbar begangene Selbstschädigung	349
	d) Kurzes Zusammenleben	350
	e) Nichteheliches Kind	350
	f) Steuerlicher Splittingvorteil, Begriff auf Pfändungsfreigrenzen	350
	g) Verweigerung der Umgangsbefugnis	350
	h) Ehrlose Lebensführung	351
	i) Nacherklärung von steuerlichen Einkünften zu Lasten des Unterhaltspflichtigen	351

j)	Versagung des Trennungsunterhalts nach längerer Nichtgeltendmachung	351
k)	Billigkeitskorrektiv bei Bedarfsbestimmung	352
3.	Fälle, in denen eine objektive Unzumutbarkeit regelmäßig ausscheidet	352
a)	Korrektur des Selbstbehalts bei Wiederheirat	352
b)	Voreheliche Erkrankung	352
c)	Voreheliche Täuschungshandlungen, unerkannte Erkrankung	352
XII.	Wiederaufleben des Unterhaltsanspruchs	353
XIII.	Verzeihung eines Härtegrunds	353
XIV.	Darlegungs- und Beweislast	354
J.	Leistungsfähigkeit des Unterhaltsschuldners und Rangfolge	357
I.	Begriff der Leistungsfähigkeit, zeitliche Kongruenz	357
II.	Auswirkungen auf die einzelnen Unterhaltsrechtsverhältnisse	359
1.	Überblick	359
2.	Familien- und Trennungsunterhalt	359
3.	Nachehelicher Unterhalt, Verwandtenunterhalt, Unterhalt der Mutter nach § 1615I BGB	360
4.	Maßgebliche Faktoren der fehlenden bzw. begrenzten Leistungsfähigkeit sowie Rechtsfolgen	361
III.	Voraussetzungen der mangelnden Leistungsfähigkeit des Verpflichteten	362
1.	Begriff des billigen Selbstbehalts i.S.d. § 1581 S. 1 BGB nach der Rechtsprechung des BGH	362
a)	Entwicklung bis zur Aufhebung der Rechtsprechung zur Dreiteilung durch das BVerfG	362
b)	Bestimmung des billigen Selbstbehalts im Sinne des § 1581 BGB nach Wegfall der Rechtsprechung zur Dreiteilung	363
c)	Rechnerische Festlegung des billigen Selbstbehalts gemäß § 1581 S. 1 BGB zum Trennungs- und nachehelichen Unterhalt	364
2.	Begriff des eigenen angemessenen sowie notwendigen Unterhalts im Verwandtenunterhalt	365
a)	Grundlagen	365
b)	Selbstbehalt beim Verwandtenunterhalt	366
3.	Selbstbehalt beim Unterhalt der Mutter nach § 1615I BGB	367
4.	Verdrängung des Selbstbehalts bei sogenannten Hausmannfällen durch Familienunterhalt	368
5.	Bemessung des notwendigen Selbstbehalts bei günstigem Lebensaufwand durch Partnerschaft	368

6.	Erhöhung der Selbstbehaltssätze wegen zwangsläufiger Belastungen	369
7.	Kein Erwerbstätigenbonus bei begrenzter Leistungsfähigkeit	370
8.	Abgrenzung echter – unechter Mangelfall	370
IV.	Unterhaltsbestimmung im Mangelfall nach Aufhebung der Rechtsprechung des BGH zur Dreiteilung	371
1.	Mangelfallberechnung in Abhängigkeit zur Definition des Selbstbehalts	371
2.	Notwendigkeit zur Umsetzung der Gleichwertigkeit der zweiten Ehe im Mangelfall?	372
3.	Wiederbelebung der Begriffe eines relativen und absoluten Mangelfalls	374
a)	Notwendige Vorfrage – Abgrenzung auf der Bedarfsebene	374
b)	Folgerungen für den Begriff des eigenen angemessenen Unterhalts i.S.d. § 1581 S.1 BGB – relativer und absoluter Mangelfall	375
V.	Auswirkungen der Neuordnung des Rangfolgensystems auf den Begriff der Leistungsfähigkeit i.S.d. § 1581 S. 1 BGB	377
1.	Erfordernis einer Neuinterpretation des Begriffs der Leistungsfähigkeit gemäß § 1581 S. 1 BGB ?	377
2.	Fehlende Aussagen zu § 1581 S. 1 BGB in der Entscheidung des BVerfG vom 25.1.2011	378
3.	Gleichwertigkeit und Gleichrangigkeit der zweiten Ehe und Billigkeitsprüfung gemäß § 1581 BGB	378
4.	Berücksichtigung sämtlicher Einkünfte im Rahmen der Billigkeitsprüfung nach § 1581 BGB	380
5.	Praktische Folgen der Gleichstellung gleichrangig konkurrierender Ansprüche	381
6.	Berechnung bei Unterschreiten des Existenzminimums des zweiten Unterhaltsberechtigten bei Gleichrang	382
7.	Berechnung bei Einkünften des gleichrangigen geschiedenen Unterhaltsberechtigten	384
8.	Berechnung bei Einkünften beider gleichrangiger Unterhaltsberechtigter	385
9.	Berechnung bei absolutem Mangelfall bei gleichrangigen Ansprüchen	385
VI.	Konkurrenz eines Anspruchs nach § 1615I BGB zu gleichrangigen Ansprüchen §§ 1361, 1569 ff. BGB	387
1.	Bedarfsprägender Anspruch nach § 1615I Abs. 2 BGB	387
2.	Unterhaltsanspruch nach § 1615I BGB nicht bedarfsprägend	388
VII.	Verstoß der Gleichstellung gleichrangiger Unterhaltsansprüche gegen Entscheidung des BVerfG vom 25.1.2011?	390

VIII.	Konkurrenz zweier Unterhaltsansprüche bei Vorrang eines Ehegatten bzw. des Anspruchs der Mutter nach § 1615l BGB . . .	392
	1. Auswirkung der Rangfolgeregelung des § 1609 Nr. 2, 3 BGB auf die Billigkeitsprüfung gemäß § 1581 S. 1 BGB	392
	2. Der Begriff der „sonstigen Verpflichtungen“ in Bezug auf die Rangvorschriften der §§ 1582, 1609 BGB	394
	3. Berechnungsbeispiele	395
	a) Berechnung bei Vorrang des zweiten Ehegatten	395
	b) Mangelfall bei Vorrang des geschiedenen Ehegatten . . .	395
IX.	Verbindlichkeiten und Leistungsfähigkeit des Unterhaltsschuldners	396
	1. Begriff der sonstigen Verpflichtungen, Maßgeblichkeit des Rangs eines Unterhaltsanspruchs	396
	2. Beachtliche und nicht berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten	397
	3. Berücksichtigung von Verbindlichkeiten aus Anlass der Trennung bzw. Scheidung, Umgangskosten	399
	4. Berücksichtigung gemeinsam eingegangener Verbindlichkeiten	400
	5. Schuldentilgung über Pfändungsfreigrenzen	401
	6. Rücksichtnahme auf minderjährige Kinder	401
	7. Unterhaltsansprüche in der Insolvenz	402
	8. Unterhaltsansprüche gegen den Schuldner im eröffneten Insolvenzverfahren	403
	9. Verbraucherinsolvenzverfahren, Restschuldbefreiung	403
	10. Obliegenheit zur Stellung eines Insolvenzantrags beim Kindesunterhalt	403
	11. Keine Obliegenheit eines Insolvenzantrags beim Trennungs- und nachehelichen Unterhalt	407
	12. Darlegungs- und Beweislast	407
X.	Einkommen des Unterhaltspflichtigen und Leistungsfähigkeit .	408
	1. Einkommen als Voraussetzung der Leistungsfähigkeit	408
	2. Wechsel des Arbeitsplatzes	408
	3. Keine Einkommensfiktion bei unfreiwilligem Verlust des Arbeitsplatzes	410
	4. Selbstverschuldete Leistungsunfähigkeit durch Aufgabe des Arbeitsplatzes	411
	5. Erwerbsobliegenheit bei Verlust des Arbeitsplatzes, Zurechnung des früheren Einkommens, Bindung an Verletzung der Obliegenheit	411
	6. Einkommensfiktion bei nicht hinreichenden Einkünften, Umfang einer Nebentätigkeit	413
	7. Obliegenheit zu einer überobligationsmäßigen Erwerbstätigkeit bei beschränkter Leistungsfähigkeit	413

8.	Leistungsfähigkeit nach § 1603 Abs. 1, 2 BGB bei Verbüßung einer Strafhaft	414
9.	Geringfügige Einkünfte des verheirateten barunterhaltspflichtigen Elternteils aus Bezug des Elterngelds	414
10.	Gesteigerte Unterhaltspflicht und doppelte Bezugsdauer von Elterngeldleistungen	415
11.	Umfang der Erwerbsobliegenheit bei Hausfrau/ -mann-Rolle	416
12.	Vorübergehende Minderung der Leistungsfähigkeit	419
13.	Einsatz einer arbeitsrechtlichen Abfindung bei fehlender Leistungsfähigkeit	419
14.	Keine Erhöhung der Leistungsfähigkeit bei Bezug der Grundsicherung bei tituliertem Unterhaltsanspruch	422
15.	Leistungsfähigkeit und Nutzungsvorteile aus einem Eigenheim	422
	a) Grundlagen	422
	b) Bestimmung der Leistungsfähigkeit im Kindesunterhalt	423
	c) Bestimmung der Leistungsfähigkeit beim Elternunterhalt	423
XI.	Verwertung des Vermögensstammes	424
XII.	Das Rangfolgesystem	425
	1. Grundlegende Neuordnung	425
	2. Rangfolgesystem bis zum 31.12.2007	426
	3. Generelle Struktur einer Rangfolgeordnung	426
	4. Rechtspolitische Begründung der Änderung der Rangfolge	427
	5. Absoluter Vorrang des Kindesunterhalts	427
	6. Besondere Gewichtung des Unterhalts der Eltern wegen Betreuung eines Kindes	427
	7. Gleichstellung des Unterhalts bei Ehe von langer Dauer mit dem Betreuungsunterhalt	429
	8. Einordnung des Familienunterhalts der zweiten Ehefrau, wenn kein gemeinsames Kind betreut wird	431
	9. Die weiteren Rangfolgeregelungen	431
	10. Fehlende Rangfolge bei Unterhaltsansprüchen nach dem LPartG	432
	11. Probleme des neuen Rangfolgesystems	432
	a) Bestimmung der Einsatzbeträge	432
	b) Schwächung des steuerlichen Realsplittings	433
	12. Minderjährige und volljährige privilegierte Kinder als Berechtigte der ersten Rangstufe	434
	a) Begriff des minderjährigen Kindes	434
	b) Volljährige privilegierte Kinder	434

c) Tatbestandliche Abgrenzung	435
d) Einzusetzende Einkünfte und Vermögen	436
12. Bestimmung der Einsatzbeträge beim Kindesunterhalt . . .	437
a) Grundlage der Bedarfsbestimmung – neue Bemessungsgrundlage gem. § 1612a Abs. 1 BGB	437
b) Funktion des Bedarfskontrollbetrags	438
c) Auswirkungen bei der Mangelfallberechnung	439
14. Mangelfallberechnung bei mehreren Berechtigten der 1. Rangstufe	440
15. Mangelfallberechnung bei volljährigem privilegierten Kind	441
16. Zuordnung des steuerlichen Splittingvorteils aus neuer Ehe zum Kindesunterhalt bei Ermittlung des Bedarfs und der Leistungsfähigkeit	442
17. Zuordnung des Realsplittingvorteils gemäß § 10 Abs. 1 Nr. 1 EStG sowie außergewöhnlicher Belastungen gemäß § 33a Abs. 1 EStG im Mangelfall nach der 1. Rangstufe . .	444
18. Zuordnung des Splittingvorteils nach § 26b Abs. 1 EStG bei Ranggleichheit gemäß § 1609 Nr. 2 BGB oder § 1609 Nr. 3 BGB mehrerer Unterhaltsberechtigter	445
a) Rechtsprechung des BVerfG	445
b) Rechtsprechung des BGH	446
19. Zuordnung des Splittingvorteils aus neuer Ehe bei Nachrang des neuen Ehegatten	447
20. Keine Billigkeitskorrektur nach § 1579 Nr. 8 BGB	448
21. Mangelfallberechnung bei Zusammentreffen der 1. und 2. Rangstufe	448
22. Mangelfallberechnung bei Zusammentreffen der 2. und 3. Rangstufe	449
23. Wiederaufleben eines nachrangigen Anspruchs nach Wegfall eines vorrangigen Anspruchs	450
24. Berücksichtigung vertraglicher Unterhaltsansprüche – Kindesunterhalt bei heterologer künstlicher Befruchtung . .	450
25. Zuordnung des Unterhalts nach § 1576 BGB bei Betreuung eines Pflegekinds	451

K. Überblick über den Anspruch auf Familienunterhalt sowie

Trennungsunterhalt	453
I. Grundsätze des Ehegattenunterhalts	453
II. Familienunterhalt nach §§ 1360, 1360a BGB	453
1. Grundlagen	453
2. Abgrenzung zum Trennungsunterhalt nach § 1361 BGB sowie bei stationärer Pflege	454
3. Abgrenzung zum Kindesunterhalt	455
4. Wirtschaftsgeld	456

5. Finanzierung der Ausbildung durch einen Ehegatten	456
6. Taschengeld	457
a) Anspruchsgrund, Höhe	457
b) Obliegenheit zum Einsatz für Anspruch auf Barunterhalt eines Unterhaltsberechtigten	457
7. Fragen zum Kostenvorschuss und zur Verfahren- kostenhilfe	458
a) Begriff der persönlichen Angelegenheit	458
b) Prüfung der Billigkeit	459
c) Verhältnis zur Verfahrenskostenhilfe	459
d) Verfahrenskostenvorschuss für minderjährige und volljährige Kinder	460
e) Rückforderung eines Kostenvorschusses, Kostenquotelung	460
f) Kein Kostenvorschuss zwischen geschiedenen Ehegatten	461
g) Verfahrenskostenhilfe und Verfahrensstandschaft eines Elternteils	461
h) Aussicht auf Erfolg, Berechnung des Kostenvorschusses	461
III. Grundlagen des Anspruchs nach § 1361 BGB	462
1. Begriff des Getrenntlebens	462
2. Grundgedanken des Getrenntlebensunterhalts	462
3. Keine Begrenzung bzw. Befristung des Trennungsunterhalts nach § 1578b BGB	463
4. Begriff der persönlichen Verhältnisse, Erwerbsobliegenheit, Zeitpunkt der Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit . . .	463
a) Umfang der Erwerbsobliegenheit	463
b) Zeitpunkt der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit	464
c) Fortsetzung einer Erwerbstätigkeit	465
d) Erwerbsobliegenheit bei eingeschränkter Leistungsfähigkeit des Unterhaltspflichtigen	465
5. Beweislast	466
6. Lange Trennungszeit, wirtschaftliche Verselbständigung . .	466
7. Beschränkte Dispositionsbefugnis; Unzulässigkeit des Verzichts auf Trennungsunterhalt	466
IV. Mahnung und Verzug, Verzugszinsen	467
1. Keine Wirkung für nachehelichen Unterhalt	467
2. Wegfall des Schuldnerverzugs	468
3. Stufenmahnung, Stufenantrag	468
a) Verfahrensmäßige Auswirkungen	468
b) Durchsetzungsprobleme bei rückwirkender Erhöhung des bezifferten Unterhalts	469
4. Verzugswirkung bei hoher Mahnung	470
5. Unterhalt für die Vergangenheit	470
6. Verzugszinsen bei Verbindlichkeiten aus Unterhalt	470

V.	Exakter Zeitpunkt der Beendigung des Trennungsunterhalts . . .	470
VI.	Verwirkung des Trennungsunterhalts bei längerer Nichtgeltendmachung	471
	1. Verwirkung nur hinsichtlich rückständigen Unterhalts . . .	471
	2. Begriff des Umstandsmoments sowie Zeitmoments	472
	3. Verwirkung bei geltend gemachtem Teilbetrag	472
	4. Begriff des Rechtsverfolgungswillens	472
	5. Ausdehnung auf titulierte Unterhaltsansprüche	473
	6. Verwirkung bei verzögerter Vaterschaftsfeststellung	473
L.	Überblick über den Anspruch auf Elternunterhalt	475
I.	Grundlagen	475
II.	Bestimmung des Bedarfs eines pflegebedürftigen Elternteils . . .	475
	1. Maßgebliche Faktoren zur Höhe des Bedarfs	475
	2. Wandelbare Bedarfsverhältnisse	475
III.	Bestimmung der Bedürftigkeit des Elternteils	477
	1. Grundlagen	477
	2. Inanspruchnahme von Leistungen der Grundsicherung, mehrere Unterhaltspflichtige	478
	3. Einsatz des Vermögensstamms der Eltern	479
IV.	Höherer Selbstbehalt des Unterhaltspflichtigen	479
	1. Selbstbehalt in Abhängigkeit vom einzusetzenden Einkommen	479
	2. Weitere, den Selbstbehalt erhöhende Aufwendungen, Familienselbstunterhalt	481
	3. Anerkennung einer ergänzenden Altersvorsorge	482
V.	Bestimmung des Haftungsanteils bei Unterhaltspflicht gegenüber einem Ehegatten	482
	1. Konkurrenz der Unterhaltsansprüche	482
	2. Berücksichtigung einer Haushaltsersparnis bei der Bestimmung des Unterhalts	483
VI.	Bestimmung des Wohnvorteils eines Eigenheims des Unterhaltspflichtigen sowie Kreditbelastungen beim Elternunterhalt	485
VII.	Einsatz des Einkommens sowie Vermögens des Unterhaltspflichtigen	486
VIII.	Kein Einsatz des Familienunterhalts	490
IX.	Haftungsanteile mehrerer Geschwister	491
X.	Verwirkung des Unterhalts wegen schwerer Verfehlung nach § 1611 BGB; sozialhilferechtliche Härteklausele	491
XI.	Auskunftspflichten beim Elternunterhalt	493
XII.	Darlegungs- und Beweislast	493
XIII.	Begrenzung des Übergangs der Kosten für die Unterkunft . . .	494
XIV.	Berücksichtigung eines fiktiven Pflegegelds	494
XV.	Bestimmung der Aktivlegitimation des Sozialhilfeträgers	495

M. Umfang der Auskunft- und Belegpflicht im Unterhalt	497
I. Überblick über die materiell-rechtlichen Vorschriften	497
II. Ergänzende Auskunftspflicht	498
III. Verweigerungsgründe	500
IV. Auskunft im Verbund, Gegenseitigkeit	501
V. Umfang des Anspruchs aus § 1605 Abs. 1 BGB	501
1. Systematische Aufstellung, ergänzende Auskunft, eigenhändige Auskunft	501
2. Erfüllung des Auskunftsanspruchs bei Teilauskünften	502
3. Beleganspruch als selbständiger Anspruch, Vollstreckung	503
4. Zeitraum	503
VI. Abgabe der eidesstattlichen Versicherung, bedingte Antragstellung	504
VII. Stufenmahnung, verfahrensmäßige Umsetzung	504
VIII. Stufenklageantrag bei nicht bestehendem Leistungsanspruch	505
IX. Zeitliche Eingrenzung der Auskunft- und Belegpflicht	505
1. Sperrfrist	505
2. Mehrjährige Erfassung	506
X. Weitere Fragen zur Auskunftspflicht	506
1. Grenzen der Auskunft- und Belegpflicht	506
2. Wert der Beschwerde im Auskunftsverfahren	507
3. Formulierung von Anträgen	509
a) Außergerichtliche Stufenmahnung	509
b) Auskunftsantrag bei Arbeitnehmer bzw. nichtselbständiger Erwerbstätigkeit	510
c) Antrag bei Selbständigen bzw. Gewerbetreibenden	510
IX. Auskunft bei Überleitung des Unterhaltsanspruchs auf Sozialhilfeträger	511
1. Rechtslage bei SGB II – Grundsicherung für Arbeitssuchende	511
2. Rechtslage bei SGB XII – Sozialhilfe	511
XII. Pflicht zur ungefragten Information	512
1. Voraussetzungen der Pflicht zur ungefragten Information	512
2. Sonderfall bei Unterhaltsvereinbarung	512
3. Rechtsprechung des BGH	513
N. Einkommensermittlung im Unterhalt – Überblick	515
I. Anerkennung von Abschreibungen wegen Abnutzung von Wirtschaftsgütern durch BGH-Rechtsprechung	515
1. Grundlagen der Rechtsprechung des BGH	515
2. Abschreibungen bei Gebäuden (Renditeobjekte)	516
3. Berücksichtigung einer sog. Ansparabschreibung	516
4. Verhältnis einer Abschreibung zur planmäßigen Tilgung eines Kredits	517

	5. Berücksichtigung der realen Steuerlast bei Korrektur von Abschreibungen	518
II.	Fragen zum steuerlichen Realsplitting nach § 10 Abs. 1a Nr. 1 EStG	518
III.	Bestimmung des Splittingvorteils bei gemeinsamer Veranlagung gemäß § 26 b EStG zur Bestimmung des Einkommens	520
	1. Rechtsprechung des BGH	520
	2. Unterhaltsrechtliche Vorgaben	520
	3. Rechenschritte nach BGH	521
IV.	Verpflichtung zur Zustimmung zur gemeinsamen Veranlagung zur Einkommenssteuer	522
V.	Methode der Aufteilung der Steuerlast hinsichtlich eines verheirateten Unterhaltspflichtigen	522
VI.	Zuordnung einer Steuernachzahlung zum unterhaltsrelevanten Einkommen – In- oder Für-Prinzip	523
VII.	Ergänzende Altersvorsorge bei nichtselbstständiger Berufstätigkeit	524
	1. Grundlagen	524
	2. Unbeachtlichkeit der Anlageform	525
	3. Immobilie als Altersvorsorge	525
	4. Anerkennung nur bei tatsächlichen Versorgungsmaßnahmen	525
	5. Weitere Fragen; Übersteigen der Beitragsbemessungsgrenze	526
	6. Vorrangige Sicherstellung des Mindestunterhalts eines Kindes	526
VIII.	Vorsorgeaufwendungen bei Selbständigen	526
IX.	Sachentnahmen und eheliche Lebensverhältnisse	527
X.	Einsatz des Vermögens zum Unterhalt	527
XI.	Elterngeld, Pflegegeld, Leistungen der Grundsicherung	527
	1. Grundlagen	527
	2. Doppelte Bezugsdauer des Elterngelds und Verletzung einer Erwerbsobliegenheit	528
	3. Pflegegeld, Leistungen der Grundsicherung	529
XII.	Wahl einer ungünstigen Steuerklasse	529
XIII.	Zuordnung des Familienzuschlages einer Beamtenversorgung bei Wiederheirat	529
O.	Der Kindesunterhalt	531
I.	Rechtsgrund der Unterhaltspflicht aus Verwandtschaft	531
II.	Reichweite des gesetzlich geregelten Kindesunterhalts	531
III.	Kindesunterhalt ab Volljährigkeit	532
IV.	Weitere sachliche Voraussetzungen des Unterhaltsanspruchs	533
	1. Bedarf, Bedürftigkeit, Leistungsfähigkeit	533

	2. Gesteigerte Unterhaltspflicht, Rangfolge, Sonderbedarf . . .	533
	3. Verjährung des Kindesunterhalts, Sonderfall bei Legalzession	534
	4. Durchsetzung hoher rückständiger Unterhaltsbeträge nach § 1613 Abs. 3 BGB	534
V.	Begriff des Bedarfs minderjähriger und volljähriger Kinder . . .	534
	1. Der Begriff der Lebensstellung des Kindes	534
	2. Selbständige Lebensstellung volljähriger Kinder	536
	3. Gesetzliche Definition des Mindestunterhalts	536
	4. Statischer und dynamischer Individualunterhalt nach § 1612a Abs. 1 BGB	537
	5. Begriff des Mindestunterhalts nach § 1612a Abs. 1 BGB . .	537
	6. § 1612a Abs. 1 BGB als gesetzlich geregelte Bezugsgröße . .	538
	7. Mindestunterhalt der vierten Altersstufe	538
	8. Funktion des Mindestunterhalts als Beweislastregel	538
	9. Mindestunterhalt bei Einkommen des nicht barunterhaltspflichtigen Elternteils	539
	10. Methode der Bestimmung der Prozentsätze zur Dynamisierung des Unterhalts	540
	11. Beschlussformel bei dynamischem Unterhaltstitel, Begrenzung im Vereinfachten Verfahren nach §§ 249 ff. FamFG	541
	12. Mehr- sowie Sonderbedarf eines Kindes	542
	a) Abgrenzung zum laufenden Unterhalt, Krankenversicherung	542
	b) Unregelmäßiger und außergewöhnlich hoher Bedarf . .	543
	c) Einzelfälle	543
VI.	Bestimmung des Bedarfs des Kindes bei gehobenen Einkommensverhältnissen	545
VII.	Grundlagen des staatlichen Kindergeldes	546
	1. Anspruchsberechtigung	546
	2. Zeitliche Begrenzung des Kindergeldes	547
	3. Verdrängung des Kindergeldes durch andere Leistungen . .	548
VIII.	Kindergeldausgleich nach § 1612b BGB	548
	1. Deckung des Barbedarfs durch Kindergeld	548
	2. Prinzip des Kindergeldausgleichs	548
	3. Volljähriges Kind außerhalb des Haushalts	549
	4. Kindergeldverrechnung im Mangelfall	550
	5. Erhöhung der Verteilungsmasse für die zweite Rangstufe . .	551
	6. Bedarfsdeckende Wirkung bei volljährigen Kindern	551
	7. Auswirkungen bei Zusammentreffen minderjähriger sowie volljähriger privilegierter Kinder	552
	8. Unbeachtlichkeit des Zählkindvorteils	552
	9. Kindergeldersatzleistungen nach § 1612c BGB	552

10.	Bedarf und Kindergeldverrechnung bei auswärtig untergebrachtem Kind	553
11.	Behandlung des Kindergelds bei einem im Ausland lebenden Unterhaltspflichtigen	553
IX.	Anteilige Haftung bei Zusammentreffen eines privilegierten volljährigen Kindes und eines minderjährigen Kindes	554
	1. Grundsatz bei Zusammentreffen minderjähriger und volljähriger Kinder	554
	2. Folgen der Gleichstellung bei Anteilsberechnung	555
X.	Alleinhaftung eines Elternteils im Fall der Anteilshaftung nach § 1606 Abs. 3 S. 1 BGB	557
	1. Grundsatz	557
	2. Fingiertes Einkommen eines Elternteils	558
XI.	Begriff des anderen leistungsfähigen Verwandten, § 1603 Abs. 2 S. 3 BGB	558
XII.	Ersatzhaftung des anderen Elternteils und nachrangiger Verwandter bei leistungsunfähigem Elternteil	560
	1. Grundlagen der Ersatzhaftung	560
	2. Haftung des anderen Elternteils bei Verletzung einer Erwerbsobliegenheit	560
XIII.	Haftung der Großeltern	562
XIV.	Kindesunterhalt und Wechselmodell	563
	1. Wechselmodell bei gleich langen Betreuungszeiträumen	563
	a) Verfahrensrechtliche Folgen	563
	b) Voraussetzungen eines reinen Wechselmodells	563
	2. Rechengang, Zuordnung Kindergeld	564
	3. Wechselmodell mit deutlichem Schwerpunkt bei einem Elternteil	564
	4. Modifikation der starren Rechtsprechung des BGH	565
	5. Titulierung, Vollstreckung	566
XV.	Art der Unterhaltsgewährung, § 1612 BGB	567
	1. Form der Unterhaltsleistung	567
	2. Bestimmungsrecht für minderjährige und volljährige Kinder	567
	3. Wirksamkeitsprüfung der Unterhaltsbestimmung	568
	4. Verfahren zur Prüfung der Wirksamkeit der Unterhaltsbestimmung	568
	5. Rücksichtnahme auf die Belange des Kindes als Voraussetzung	568
	6. Unwirksamkeitsgründe	569
	7. Restanspruch	570
XVI.	Unterhalt wegen Ausbildung	571
	1. Rechtliche Grundlagen	571
	2. Unterscheidung zwischen dem Anspruch auf eine erstmalige Ausbildung und eine Zweitausbildung	572

3. Voraussetzungen des Anspruchs auf eine angemessene Erstausbildung	572
4. Schwangerschaft der Auszubildenden	575
5. Anspruch auf Zweitausbildung	576
XVII. Beschränkung oder Wegfall des Unterhaltsanspruchs (Härteklausel)	577
1. Negative Billigkeitsklausel	577
2. Voraussetzungen der Anwendung der Härtefallklausel	577
3. Begriff des sittliches Verschuldens	578
4. Gröbliche Vernachlässigung der eigenen Unterhaltspflicht	579
5. Vorsätzliche schwere Verfehlung	579
6. Kontaktverweigerung	579
7. Wirkung für die Zukunft, Verzeihung	580
8. Rechtsfolgen	580
9. Keine Anwendung bei minderjährigen Kindern	581
10. Kein Rückgriff auf Mit- oder Ersatzverpflichtete	581
XVIII. Beendigung der gesetzlichen Verfahrensstandschaft eines Elternteils mit Erreichen der Volljährigkeit sowie bei Rechtskraft der Scheidung	582
XIX. Familienrechtlicher Ausgleichsanspruch	582
1. Grundlagen	582
2. Höhe des Anspruchs	584
3. Konkurrenz des Ausgleichsanspruchs zum verbleibenden Unterhaltsanspruchs des Kindes	585

P. Der Unterhalt von Müttern und Vätern aus Anlass der Geburt

eines Kindes gemäß § 1615l BGB	587
I. Normzweck der Vorschrift	587
II. Anwendungsbereich	587
III. Ansprüche der Mutter aus Anlass der Geburt nach § 1615l Abs. 1 BGB, Abgrenzung zum Aufwand des Kindes	588
IV. Anspruchsinhalt nach § 1615l Abs. 2 S. 1, 2 BGB	590
1. Unterhalt wegen Schwangerschaft oder Erkrankung	590
2. Unterhalt wegen Betreuung	590
3. Überobligationsmäßige Erwerbstätigkeit	591
4. Begriff der kind- sowie elternbezogenen Gründe	592
a) Zeitliche Dauer des Anspruchs nach § 1615l Abs. 2 S. 3, 4 BGB	592
b) Verlängerung der Betreuung über das 3. Lebensjahr hinaus	593
c) Betreuungs- und Erziehungsleistungen nach 3. Lebensjahr des Kindes	594
5. Weitere Gründe der Verlängerung des Anspruchs, Kosten der Betreuung	595

6. Wiederaufleben eines nach bisherigem Recht begrenzten Anspruchs	595
7. Verfahrensmäßige Geltendmachung; zeitliche Begrenzung, Beweislast	596
8. Wiederaufleben eines nach § 1609 Nr. 2 BGB verdrängten Anspruchs	596
9. Keine kausale Verknüpfung zur Bedürftigkeit	597
10. Rechtskräftige Feststellung der Vaterschaft	597
11. Bedürftigkeit, Konkurrenz zu anderen Unterhaltsansprüchen	598
a) Wegfall der Bedürftigkeit aufgrund eigener Einkünfte	598
b) Minderung der Bedürftigkeit aufgrund weiterer Unterhaltsansprüche	599
c) Konkurrenzen bei anschließender Eheschließung eines anderen Mannes sowie bei Anspruch auf Familienunterhalt	600
12. Bedarf der Mutter	601
a) Anknüpfungssachverhalte nach der Lebensstellung der Unterhaltsberechtigten	601
b) Berücksichtigung einer künftigen Einkommensentwicklung	603
13. Begrenzung des Bedarfs der Mutter auf Halbteilungsgrundsatz; Berücksichtigung eigener Einkünfte	603
14. Leistungsfähigkeit des Unterhaltspflichtigen	604
15. Einstweiliger Rechtsschutz zugunsten der Mutter	604
V. Steuerliche Entlastung	605
VI. Probleme aus der Gleichstellung des § 1615I BGB mit § 1570 BGB	605
1. Problemlage	605
2. Bedarf, Bedürftigkeit nach § 1577 Abs. 1 BGB, Leistungsfähigkeit	606
a) Bedarf nach § 1610 BGB bei verheiratetem Unterhaltsberechtigtem	606
b) Bedürftigkeit, überobligationsmäßige Erwerbstätigkeit	606
3. Anspruch auf Mehr- oder Sonderbedarf, Vorsorgeunterhalt	607
4. Anwendung der Härtefallklauseln nach §§ 1579, 1611 BGB	607
5. Vereinbarungen nach § 1585c S. 1 BGB sowie nach § 1614 Abs. 1 BGB	608
VII. Weitere Fragen	609
1. Unterhalt für die Vergangenheit, Verzug, Auskunft, Beweislast	609
2. Verjährung	609

VIII.	Anspruch des Vaters auf Betreuungsunterhalt nach § 1615l Abs. 4 BGB	610
IX.	Beerdigungskosten für die Mutter	610
X.	Tod des Vaters, Tod und Fehlgeburt	610
Q.	Vereinbarungen im Unterhaltsrecht	611
I.	Grundlagen	611
II.	Vereinbarungen zum Unterhalt bei Ehegatten	611
	1. Gesetzliche Regelungen	611
	2. Umfang der Dispositionssperre bei Vereinbarungen zum Familien- und Trennungsunterhalt	611
	3. Zulässige Modifikationen des Familien- und Trennungsunterhalts, Umgehungsgeschäft	612
	4. Vereinbarungen zum nachehelichen Unterhalt nach § 1585c Satz 1 BGB	613
	5. Grenzen der Dispositionsfreiheit – Grundlagen zur Inhaltskontrolle von Eheverträgen	613
	a) Grundlagen der Rechtsprechung zum Kernbereich der Scheidungsfolgen	613
	b) Prüfungsfolge zur Inhaltskontrolle	615
	c) Umsetzung der Ausübungskontrolle	616
	6. Umfang der Wirksamkeitskontrolle	617
	7. Beweislast	617
	8. Verfahrensfragen	618
	9. Rechtsprechung zur Inhaltskontrolle von Eheverträgen seit der grundlegenden Entscheidung des BGH vom 11.2.2004	618
	a) Inhaltskontrolle zugunsten eines Unterhalts- pflichtigen	618
	b) Ausschluss des Betreuungsunterhalts nach § 1570 BGB	619
	c) Ehevertrag mit einem ausländischen Ehegatten	620
	d) Ausschluss des Altersunterhalts nach § 1571 BGB sowie Krankheitsunterhalts nach § 1572 BGB	620
	e) Unterhalt bis zur Erlangung einer angemessenen Erwerbstätigkeit nach § 1573 Abs. 1 BGB	621
	f) Weitere Unterhaltstatbestände	622
	g) Krankenversicherung, Altersvorsorge	623
	h) Genereller Grundsatz des Nachteilsausgleichs	623
	i) Abfindung des Unterhalts vor Wiederheirat	623
	10. Inhaltskontrolle bei Scheidungsfolgenvereinbarungen	623
	11. Wirksamkeit eines Verzichts bei Ausgleichsleistungen	625
	12. Zeitliche Begrenzung der Inhaltskontrolle?	625
	13. Auskunft und Inhaltskontrolle	626

14.	Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit eines Ehevertrages	626
III.	Notarielle Form von Vereinbarungen zum nachehelichen Unterhalt	626
	1. Die Regelung des § 1585c S. 2 BGB	626
	2. Weitere Formbestimmungen	627
	3. Formzwang aufgrund anderer Regelungen	628
IV.	Verwandtenunterhalt	628
	1. Kein Formzwang bei Vereinbarungen	628
	2. Inhalt von Vereinbarungen zum Verwandten-, insbesondere Kindesunterhalt	629
	a) Grundlagen	629
	b) Zulässige Vereinbarungen zum Kindesunterhalt	629
	c) Weitere Fälle zulässiger Vereinbarungen	629
	d) Unzulässige Vereinbarungen zum Kindesunterhalt	630
	3. Freistellungsvereinbarungen	631
	4. Beachtung des Kindeswohls bei Eheverträgen	631
V.	Auslegung von Vereinbarungen	632
VI.	Allgemeine Wirksamkeitskontrolle	633
VII.	Sittenwidrigkeit von Eheverträgen	634
VIII.	Verjährung einer Abfindungszahlung aufgrund einer Unterhaltsvereinbarung	635
IX.	Krankenversicherungspflicht bei Unterhaltsabfindung	635
R.	Sonstige Fragen zum Unterhalt	637
I.	Durchsetzung hoher rückständiger Unterhaltsbeträge nach § 1613 Abs. 3 BGB	637
II.	Problem der Erfüllungswirkung von Unterhaltsleistungen bei vorläufiger Titulierung	637
III.	Aktuelle Rechtsprechung zur Kostenentscheidung in Unterhaltssachen	638
IV.	Wechselwirkungen zwischen Darlehen und Unterhalt; Unterhaltsgewährung in Form eines Darlehens	639
	1. Grundsatz der Unterhaltsgewährung	639
	2. Ausnahmen bei Ungewissheit der Unterhaltshöhe nach BGH-Rechtsprechung – Fallgruppen	640
	3. Kriterium der Zumutbarkeit – Rechtsfolgen bei Ablehnung durch Unterhaltsberechtigten	641
V.	Zeitbezogene Ermittlung des Unterhalts, Zuvielforderung für bestimmte Zeiträume	642
VI.	Aufhebung eines Unterhaltstitels im Fall der Abfindung eines titulierten Unterhalts, Auswirkungen eines befristeten Titelverzichts	642

S. Familiengerichtliches Verfahren, Abänderungsverfahren	645
I. Beendigung der gesetzlichen Verfahrensstandschaft nach § 1629 Abs. 3 BGB mit Eintritt der Volljährigkeit sowie im Fall der Rechtskraft der Scheidung	645
II. Konkurrenz von Beistandschaft des Jugendamts und Verfahrensstandschaft eines Elternteils	645
III. Prüfungspflichten des Familiengerichts bei Übergang des Unterhalts nach § 37 BAföG	646
IV. Verfahrensrechtliche Auskunftspflicht nach §§ 235, 236 FamFG	646
1. Regelungszweck	646
2. Keine Vorwegverfüllung einer streitigen Auskunftspflicht sowie keine Amtsermittlung	647
3. Versicherung einer wahrheitsgemäßen und vollständigen Auskunft	647
4. Anordnungsverpflichtung auf Verlangen eines Beteiligten	647
5. Mitteilung einer wesentlichen Änderung	648
6. Keine Anfechtbarkeit von Anordnungen	649
7. Verfahrensrechtliche Auskunftspflicht Dritter	649
V. Das Abänderungsverfahren im Unterhaltsrecht	649
1. Bindung im Abänderungsverfahren	649
2. Wegfall der Bindung an Erstfestsetzung	650
a) Grundsatz	650
b) Änderung der tatsächlichen Grundlagen	651
c) Fehlende Feststellung der für die Bemessung des Unterhalts erforderlichen Grundlagen	651
3. Änderung der rechtlichen Verhältnisse als Abänderungsgrund	652
4. Einwand der Befristung bzw. Begrenzung des Unterhalts und Unterhaltsvergleich	653
5. Abänderung einer Vereinbarung mit Anpassungsausschluss	656
6. Vereinbarung eines lebenslangen Unterhalts	657
7. Abänderung einer Versäumnis- bzw. Anerkenntnis- entscheidung	658
8. Darlegungs- und Beweislast	659
VI. Reichweite der Präklusion bei einem in der Erstentscheidung übersenen Umstand	659
VII. Rechtsschutzinteresse des Unterhaltsberechtigten zur Titulierung des geschuldeten Unterhalts	660
T. Übergangsbestimmungen	663
I. Grundlagen	663
II. Anpassung dynamischer Unterhaltstitel und Vereinbarungen	663

1. Zweck der Regelung des § 36 Nr. 3 EGZPO	663
2. Methode der Berechnung des neuen Prozentsatzes	664
a) Vier Fallgruppen	664
b) Vergleich der Regelbeträge mit dem Mindestunterhalt auf der Grundlage der Beträge zum 1.1.2008	664
c) Gesetzlicher Regelfall nach Satz 4 Buchstabe a)	665
Stichwortverzeichnis	667